Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 93 (1999)
Heft: 1

Rubrik: Zeichen der Zeit : eine Enzyklika wider den Neoliberalismus?

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Eine Enzyklika wider den Neoliberalismus?

Sie wäre schon lange fällig, die neue Sozialenzyklika wider den Neoliberalismus. Alle Elemente für diese Auseinandersetzung liessen sich bereits in der bisherigen Soziallehre der katholischen Kirche finden. Das folgende «Zeichen der Zeit» möchte daran erinnern, indem es gleich selbst einen (fragmentarischen) Entwurf beisteuert, der sich an die einschlägigen Texte der Amtskirche hält. Wenn die Zitate für heutige Ohren «revolutionär» tönen, so zeigt das nur, wie wenig ernst die katholische Kirche ihre eigene Soziallehre nimmt, wie wenig diese in die Verkündigung einbezogen wird, wie wenig sie auch an der Basis rezipiert worden ist. So gibt es heute C-Parteien, die sich vom Neoliberalismus nur dadurch unterscheiden, dass sie ihn auch noch für «christlich» halten. Nur so ist es zu erklären, dass der hiesige Neoliberalismus vorgibt, besser als die Kirchen zu wissen, wie das Evangelium auszulegen sei. Die Probe aufs Exempel machte der Wirtschaftsredaktor der NZZ in der letzten Silvesterausgabe seines Blattes, wo er über die Ökumenische Konsultation der Schweizer Kirchen herfiel und dem Dokument «Welche Zukunft wollen wir?» vorwarf, es werde «einem an Freiheit, Selbstverantwortung und der Würde der einzelnen Person orientierten Menschenbild nicht gerecht».

Und so könnte eine neue Sozialenzyklika aussehen: Sie würde mit den Worten «Capitalismi superandi causa» (um den Kapitalismus zu überwinden) beginnen, das Menschenbild der neoliberalen Ideologie radikal in Frage stellen, den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital betonen, den totalen Markt als Götzendienst verurteilen, die Globalisierung an den Forderungen des Weltgemeinwohls messen und alle Christenmenschen auffordern, den «liberalistischen Kapitalismus» zu überwinden. Johannes Paul II. müsste sich nur an die Worte seiner Vorgänger und natürlich auch an seine eigenen erinnern.

Für die zitierten Dokumente sei auf das Abkürzungsverzeichnis am Schluss des Textes verwiesen. *W. Sp.*

«Capitalismi superandi (causa)»

Liebe Schwestern und Brüder

Um den *Kapitalismus* zu überwinden, den die Soziallehre der Kirche als *«liberalistisch»* (SR 20) bezeichnet, verfasse ich dieses Rundschreiben. Ich will damit weniger eine neue Sozialethik entwerfen, als vielmehr an einige Grundsätze der kirchlichen Soziallehre erinnern, damit wir Christinnen und Christen uns am Ende eines Jahrhunderts, das so viele Menschen unter so vielen Ideologien leiden sah, mit der letzten dieser menschenfeindlichen Ideologien vertieft auseinandersetzen. Diese Ideologie gibt sich die Bezeichnung *«Neoliberalismus»* und ist in Wahrheit ein Imperialismus, der seit dem Ende des Kalten Krieges den ganzen Erdkreis erobern will. Sie geht von einem Menschenbild aus, das die Würde der Person zutiefst verletzt, sie ökonomischen Mechanismen unterwirft, als wären es unabänderliche, geradezu naturhafte Sachzwänge. Statt am Gemeinwohl orientiert diese Ideologie sich am Markt, als ob er ein den Menschen auferlegtes höheres Gesetz wäre. Statt die Globalisierung als Weg zum Weltgemeinwohl der Menschen und Völker zu begreifen und zu gestalten, wird sie missbraucht, um die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen, die Natur auszuplündern und die Saat des Unfriedens auszubreiten.

1. Der Mensch als Subjekt der Wirtschaft

Wie schon einer meiner Vorgänger, Pius XII., immer wieder betont hat, gilt die *Sorge der Kirche* dem «Menschen als solchen, der, weit entfernt, nur Gegenstand und gleichsam ein passives Element des sozialen Lebens zu sein, vielmehr dessen Träger, Grundlage und Ziel ist und sein muss» (UG 3472).

Diese *Subjektstellung des Menschen* ist im ganzen sozialen Leben, also auch in der Wirtschaft, zu beachten. Das gilt insbesondere für das *Verhältnis der Arbeit zum Kapital*. Dazu hat die Enzyklika «Quadragesimo anno» bereits 1931 das Wesentliche gesagt: Eine «Wirtschaftsweise», «bei der es im allgemeinen andere sind, die die Produktionsmittel, und andere, die die Arbeit zum gemeinsamen Wirtschaftsvollzuge beistellen», ist zwar «nicht in sich schlecht». Es folgt jedoch ein Nachsatz von grösster Aktualität, ein Verdikt über den Kapitalismus, wie es schon damals viel zu wenig beachtet wurde: «Die Verkehrtheit beginnt vielmehr erst dann, wenn das Kapital die Lohnarbeiterschaft in seinen Dienst nimmt, um die Unternehmungen und die Wirtschaft insgesamt einseitig nach seinem Gesetz und zu seinem Vorteil ablaufen zu lassen, ohne Rücksicht auf die Menschenwürde des Arbeiters, ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Charakter der Wirtschaft, ohne Rücksicht auf Gemeinwohl und Gemeinwohlgerechtigkeit» (QA 100f.).

Eigentum ist *Herrschaft über Sachen*, es darf nicht entarten zu einer *Herrschaft über Personen*. Die arbeitenden Menschen sind nicht weniger Subjekt der Wirtschaft als die Menschen, die über Eigentum an Produktionsmitteln verfügen. Wenn heute das Kapital mehr bedeutet als die Arbeit, wenn die Maximierung der Gewinne mehr zählt als die Erhaltung von Arbeitsplätzen, wenn dadurch die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, dann übt das Kapital eine Herrschaft aus, die genau jener «Verkehrtheit» entspricht, die «Quadragesimo anno» verurteilt hat.

Es gibt freilich eine Ideologie, die diese «Verkehrtheit» zum Prinzip macht: Die Kirche hat sie als den *«ungehemmten Liberalismus»* bezeichnet, nach dem «der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln ein absolutes Recht, ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft darstellt» (PP 26). Diese Ideologie beruht auf einem falschen Freiheitsbegriff, da sie «einseitig die Freiheit der Person überbetont, sie von jeder Bindung an Normen lösen möchte, nur aufstachelt zum Erwerb und Besitz von Macht, die sozialen Beziehungen der Menschen fast nur als sich von selbst einstellende Ergebnisse der privaten Initiativen ansieht, nicht aber als das Ziel und als das Merkmal, wonach die Würde einer wohlgeordneten Gesellschaft sich bemisst» (OA 26). Keiner meiner Vorgänger hat diese Ideologie mit gleicher Klarsicht beurteilt wie Paul VI., den ich eben zitiert habe. Mit Recht hat mein Vorgänger seligen Angedenkens vor dem «Liberalismus» gewarnt, da dieser «in seiner Wurzel die Irrlehre von der Autonomie des Einzelnen ist in bezug auf sein Tun, seine Motivation und in bezug auf den Gebrauch, den er von seiner Freiheit macht» (OA 35).

Diese Irrlehre ist alt, auch wenn sie sich heute den Anschein von etwas Neuem gibt, indem sie sich «Neoliberalismus» nennt. Ich habe schon 1981 in meiner Sozialenzyklika «Laborem exercens» eine derartige *Wiederholung* nicht ausgeschlossen und gesagt: «Diese schon etwas altmodisch gewordene Verirrung des noch in seinen Anfängen steckenden Kapitalismus und Liberalismus kann sich, wenn man von den gleichen theoretischen Voraussetzungen aus denkt, auch unter anderen zeitlichen und örtlichen Umständen wiederholen.» Es ging mir schon damals um eine *«restlose Überwindung»* dieser Irrlehre, weshalb ich fortfuhr: «Diese Verirrung lässt sich nicht anders restlos überwinden als durch entsprechenden Wandel sowohl auf theoretischem wie auf praktischem Gebiet. Dieser Wandel muss dahin führen, dem Vorrang der Person gegenüber den Sachen, der

menschlichen Arbeit im Vergleich zu dem als Inbegriff aller sachlichen Produktionsmittel verstandenen Kapital unbedingte Beachtung zu verschaffen» (LE 13).

2. Vorrang der Arbeit vor dem Kapital

Der Liberalismus ist also auch insofern eine *Perversion der Sozialethik,* als er nicht den Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaft stellt, sondern als er, wie ich früher einmal geschrieben habe, ausgeht von der «These, die menschliche Arbeit sei lediglich ein Produktionsmittel, das Kapital hingegen sei die Grundlage, die Wirkursache und der Zweck oder das Ziel der Produktion» (LE 3). Diese These ist in der Tat eine «Verkehrtheit», vor allem wenn wir sie mit der entgegengesetzten These Pius' XII. vergleichen, die den Menschen als «Träger, Grundlage und Ziel» der Wirtschaft erkennt und anerkennt.

Die *Arbeit* ist kein Produktionsmittel, sie ist überhaupt kein Mitteil, sondern ein *Wert an sich selbst*. Produktionsmittel und wirklich nur Mittel ist dagegen das Kapital. Schon das Zweite Vatikanische Konzil hat in seiner Pastoralkonstitution der «menschlichen Arbeit» den «Vorrang vor allen anderen Faktoren des wirtschaftlichen Lebens» zuerkannt, denn diese, zu denen eben auch das Kapital gehört, seien «nur werkzeuglicher Art» (GS 67). Damit wurde die Soziallehre der Kirche um ein geradezu *revolutionäres Prinzip* zur Überwindung des Kapitalismus erweitert. Es handelt sich um ein Ordnungsprinzip, das die herkömmliche Rangordnung von Kapital und Arbeit umkehrt, das Kapital von der ersten auf die zweite Stelle und die Arbeit von der zweiten Stelle auf die erste Stelle verweist; «denn die Ordnung der Dinge muss der Ordnung der Personen dienstbar werden und nicht umgekehrt» (GS 26).

Kein anderes Dokument hat die Würde der Arbeit so eindrücklich begründet wie diese Pastoralkonstitution: «Die Arbeit ... ist unmittelbarer Ausfluss der Person, die den stofflichen Dingen ihren Stempel aufprägt und sie ihrem Willen dienstbar macht. Durch seine Arbeit erhält der Mensch sein und der Seinigen Leben, tritt in tätigen Verbund mit seinen Brüdern und dient ihnen; so kann er praktische Nächstenliebe üben und seinen Beitrag zur Vollendung des Schöpfungswerkes Gottes erbringen» (GS 67).

Arbeit dient also nicht nur dem Lebensunterhalt, sondern auch der Selbstverwirklichung und der Solidarität innerhalb einer Unternehmung sowie der Vollendung der Schöpfung (weshalb Arbeit gegenüber der Schöpfung nie ökologisch destruktiv sein darf). Aus diesen sinnstiftenden Elementen folgt das *«Recht auf Arbeit»*. Ein gleichrangiges «Recht auf Eigentum» gibt es dagegen nicht, schon gar nicht eine Eigentumsfreiheit, die um des Profites willen Arbeitsplätze vernichten dürfte. Darum habe ich in meiner Enzyklika über die «menschliche Arbeit» das «Prinzip des Primates der Arbeit vor dem Kapital» (LE 14) vertieft. Was ich damals schrieb, ist durch die Entwicklung nicht überholt, sondern angesichts des umgekehrten Vorrangs des Kapitals vor der Arbeit, der sich in der Wirtschaft leider durchgesetzt hat, von besonderer Aktualität: «Man darf die Produktionsmittel nicht gegen die Arbeit besitzen; man darf sie auch nicht um des Besitzes willen besitzen, denn der einzige Grund, der ihren Besitz rechtfertigt, ... ist dieser, der Arbeit zu dienen» (LE 14). «Der alles beherrschende Grundsatz sei hier nochmals wiederholt: Die Rangordnung der Werte und das vertiefte Verständnis der Arbeit fordern, dass das Kapital der Arbeit diene und nicht die Arbeit dem Kapital» (LE 23).

Mit dem Vorrang der Arbeit unvereinbar ist insbesondere die Alleinbestimmung des Kapitals in der Wirtschaft. Das *wirtschaftliche Unternehmen* ist niemals Eigentumsobjekt des Kapitals, sondern, wie das Konzil sagt, ein *«Verbund von Personen»* (GS 68), an dem die Arbeitenden nicht weniger als die Kapitalgebenden teilhaben. Von daher gewinnen auch «Mitbestimmung» und «Miteigentum» der Arbeitenden ein besonderes Gewicht (vgl. LE 14). Wie Paul VI. aufzeigte, muss die Wirtschaft immer mehr demokratisiert werden, damit «immer mehr Menschen an der Vorbereitung von Entscheidungen, an den Entscheidungen

selbst und an deren Ausführung beteiligt werden» (OA 47). Die Verfügungsgewalt des Kapitals wird dabei zwangsläufig beschränkt werden, was auf der anderen Seite auch der «stark geschwächten Rechenschaftspflicht» des Eigentums im modernen Aktienrecht entspricht (vgl. QA 132).

Ich bekräftige feierlich die Lehre der Kirche, dass es kein absolutes Recht auf Privateigentum gibt. Das Recht auf Eigentum hat sich vielmehr dem *Prinzip des Gemeingebrauchs* unterzuordnen, demzufolge die «irdischen Güter» allen Menschen gewidmet sind, also auch «in einem billigen Verhältnis allen zustatten kommen» müssen. Diese «allgemeine Bestimmung der Güter» verlangt, dass es kein Privateigentum im Sinne des individualistischen Neoliberalismus geben kann, sondern dass alle Güter, die wir rechtmässig besitzen, zugleich als «Gemeingut» anzusehen sind, damit sie «auch anderen von Nutzen sein können» (GS 69).

Wenn heute die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter wächst, zahllose Menschen von ihrem Erwerbseinkommen nicht einmal mehr leben können, einige wenige Milliardäre über soviel Vermögen verfügen wie die ärmere Hälfte dieser Erde, dann wird die Gemeinwidmung der irdischen Güter aufs schwerste verletzt. Die Kirche kann sich nicht abfinden mit diesem Unrecht, das zum Himmel schreit. Sie erinnert vielmehr an das *Recht zum Widerstand*, das jenen zukommt, die sonst die Mittel entbehren, die sie zum Leben brauchen. «Wer aber sich in äusserster Notlage befindet, hat das Recht, vom Reichtum anderer das Benötigte an sich zu bringen», sagt das Konzil (GS 69) .

3. Die Irrlehre vom totalen Markt

Der sog. Neoliberalismus wiederholt *Irrtümer aus dem letzten Jahrhundert*, ohne zu beachten, welch grosses Unheil sie schon damals anrichteten. Die Enzyklika «Mater et magistra» von Johannes XXIII. bezeichnete die «damals vorherrschende Auffassung von der Wirtschaft» als *«naturalistisch»* und bedachte sie mit Worten, die uns im Blick auf den heutigen Neoliberalismus vertraut vorkommen: «Alles ergibt sich danach zwangsläufig aus dem Wirken der Naturkräfte. Es besteht kein Zusammenhang zwischen Wirtschaftsgesetzen und Sittengesetz. Einziger Antrieb des wirtschaftlichen Schaffens ist der persönliche Eigennutz. Oberstes Gesetz, das die Beziehungen zwischen den wirtschaftlich Schaffenden regelt, ist der schrankenlose freie Wettbewerb. Kapitalzins, Preise von Waren und Dienstleistungen, die Höhe von Gewinnen und Löhnen bestimmen sich rein mechanisch nach den Marktgesetzen. Der Staat hat sich jeder Einmischung in das Wirtschaftsgeschehen zu enthalten» (MM 11).

Demgegenüber betont die Kirche, dass «ein Wettbewerb, wie ihn die sogenannten Liberalen wollen, ganz und gar unvereinbar mit der *christlichen Lehre,* ja mit der *menschlichen Natur* ist» (MM 23). Die Kirche verurteilt daher den «ungehemmten Liberalismus», in welchem «der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln ein absolutes Recht» (PP 26) sein soll.

Es ist keine Frage, dass der Markt im Sinne des *Gemeinwohls* wirken kann, aber nur, wenn er auch am Gemeinwohl gemessen, nach dem Gemeinwohl organisiert, gelenkt und korrigiert wird. Bereits Pius XI. sorgte sich um diesen Primat der Politik, als er schrieb: «Der freie Wettbewerb, innerhalb der gehörigen Schranken gehalten, mehr noch die wirtschaftliche Macht, sind der öffentlichen Gewalt in allem, was ihres Amtes ist, entschieden unterzuordnen» (QA 110). Und Paul VI. definierte diese «gehörigen Schranken» des Marktes durch dessen Bindung an das Gemeinwohl: «Ohne den freien Markt abzuschaffen, sollte man den Wettbewerb doch in den Grenzen halten, die ihn gerecht und sozial, also menschlich machen» (PP 61).

In der heutigen Zeit betreibt der sog. Neoliberalismus die Entmachtung der Politik zugunsten der Vermachtung der Wirtschaft. Dadurch erfolgt eine weitere

Perversion der Sozialethik. Im Gegensatz zu dieser Privatisierungsideologie hält die Kirche am *Sozialisierungsbescheid* von «Quadragesimo anno» fest. Danach ist es legitim, «bestimmte Arten von Gütern der öffentlichen Hand vorzubehalten, weil die mit ihnen verknüpfte übergrosse Macht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls Privathänden nicht überantwortet bleiben kann» (QA 114). Dass heute das genaue Gegenteil geschieht, dass Sozialisierungen zurückgenommen werden, die nach diesem Massstab erfolgt sind, wird schwere Schäden für das Gemeinwohl mit sich bringen und die politische Gestaltungskraft des Staates, insbesondere auch die demokratische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger auf unzulässige Art und Weise einschränken.

Je mehr der Staat die Wirtschaft dereguliert, umso mehr beginnt die Wirtschaft ihrerseits den Staat zu regulieren. Es entstehen Wirtschaftsmächte, die sich der politischen Autorität entziehen und selber nicht bereit sind, politische Verantwortung zu übernehmen. Sie bedeuten eine so hohe Gefährdung des Gemeinwohls, dass zumindest die *demokratische Kontrolle* dieser Unternehmungen national wie international sichergestellt werden muss. Ich erinnere an den «päpstlichen Brief», den 1952 Unterstaatssekretär G.B. Montini an die 21. Soziale Woche in Turin gerichtet hat. Der spätere Papst Paul VI. fordert hier die Mitbestimmung der Arbeitenden gerade «in solchen Betrieben und in solchen Fällen, in denen die sich selbst überlassene Übermacht des anonymen Kapitals sich offensichtlich gemeinschädlich auswirkt» (UG 3374).

4. Die Globalisierung des Gemeinwohls

Heute wird der *soziale Friede* immer mehr in Frage gestellt. Unter dem Vorzeichen oder auch nur Vorwand der Globalisierung findet ein gnadenloser Wettbewerb der Staaten um sog. Standortvorteile statt. Massstab für diesen Wettbewerb ist nicht die Beschäftigung für alle, sondern die Kapitalvermehrung in immer weniger Händen. Schon Paul VI. hat vor dieser Art Globalisierung gewarnt: «Die neuen Produktionssysteme sprengen sozusagen die nationalen Grenzen; neue Wirtschaftsmächte entstehen, multinationale Konzerne, die, gestützt auf die gewaltigen in ihnen zusammengefassten und zu vielseitiger Verwendung einsetzbaren Mittel, völlig eigenmächtig vorgehen, niemandem unterstehen, weitgehend auch von staatlicher Autorität unabhängig sind und daher auch keiner Kontrolle in bezug auf das Gemeinwohl unterliegen.» Mit prophetischer Weitsicht sagte mein Vorgänger, solche Konzerne könnten «sich zu einem neuartigen, durchaus unzulässigen wirtschaftlichen Machtfaktor auswachsen mit Auswirkungen in den sozialen, in den kulturellen, ja sogar in den politischen Bereich.» «Diese ungeheure Zusammenballung von Kapital und Macht», von der schon «Quadragesimo anno» gewarnt habe, komme «erst heute so richtig zum Abschluss» (OA 44).

Mit besonderer Sorge verfolge ich den *weltweiten Finanzkapitalismus*. Er erinnert mich an die von Pius XI. verurteilte «Zusammenballung einer ungeheuren Macht und wirtschaftlichen Diktaturgewalt in den Händen einiger weniger Herren, die zumeist nicht einmal Eigentümer, sondern lediglich Treuhänder und Verwalter anvertrauten Gutes sind, über das sie mit geradezu unumschränkter Machtvollkommenheit verfügen» (QA 105). Auch diese Entwicklung ist die Folge eines «ungehemmten Liberalismus». Oder anders ausgedrückt: Der «ungehemmte Liberalismus» ist, wie Paul VI. im Anschluss an Pius XI. gesagt hat, «die Ursache des finanzkapitalistischen Internationalismus oder des Imperialismus des internationalen Finanzkapitals» (PP 26).

Das Verdikt erhält *neue Aktualität* in einer Zeit, in der dieser Finanzkapitalismus täglich 1,5 Billionen Dollar zu Spekulationszwecken um die Erde kreisen lässt und mit seiner Renditejagd die reale Wirtschaft unterhöhlt. Das Geld wird nicht mehr in die reale Wirtschaft investiert, sondern in die virtuelle Welt des globalen Finanzsystems, seiner Währungen, Devisen, Optionen usw.

So gibt es auch heute wieder «Beherrscher und Lenker des Finanzkapitals», die «unbeschränkte Verfügung haben über den Kredit und seine Verteilung nach ihrem Willen bestimmen.» Sie «beherrschen den Blutkreislauf des ganzen Wirtschaftskörpers; das Lebenselement der Wirtschaft ist derart unter ihrer Faust, dass niemand gegen ihr Geheiss auch nur zu atmen wagen kann» (QA 106).

Die Soziallehre der Kirche und die Sozialethik aller Menschen guten Willens stehen vor der *Bewährungsprobe:* Wie sozialisieren und demokratisieren wir diese ungeheure Wirtschaftsmacht, die sich weltweit etabliert, die Staaten in einen ruinösen «Standortwettbewerb» treibt, sie um die Gunst von Unternehmungen buhlen lässt, die ihnen erst noch die legitimen Steuern entziehen und dafür die Lasten der Arbeitslosigkeit und des sozialen Elends auferlegen? Wie verhindern wir, dass im freien Welthandel das Recht des Stärkeren sich durchsetzt? Wie kommen wir zurück zu einer Wirtschaft nach dem Mass des Menschen und der Natur?

Was not tut, ist die Wiederherstellung des *Primats der Politik* über die Wirtschaft. Sonst wiederholt sich, was Pius XI. «die Erniedrigung der staatlichen Hoheit ... zur willenlos gefesselten Sklavin selbstsüchtiger Interessen» (QA 109) nannte. Sonst gebricht es nicht nur an der politischen Autorität, sondern auch an der demokratischen Partizipation, die an der politischen Autorität teilhat und sie legitimiert.

Die ökonomische Globalisierung könnte eine Chance sein, wenn ihr auch die soziale und ökologische Globalisierung, kurz: die *Globalisierung des Gemeinwohls* und der Solidarität, folgen würde. Es gibt das «allgemeine Wohl der Menschheit» (GS 84), das alle Völker, alle Staaten, alle Menschen zu einer natürlichen Gemeinschaft verbindet, die einer eigenen politischen Autorität bedarf. Johannes XXIII. hat dieser «universalen Autorität» die «besondere Aufgabe» zugeordnet, «jene Fragen zu behandeln und zu entscheiden, die sich bezüglich des universalen Gemeinwohls stellen, und zwar in wirtschaftlicher, sozialer und politischer wie auch in kultureller Hinsicht» (PT 140). Und das Konzil hat es zur «Aufgabe der internationalen Gemeinschaft» erklärt, «die wirtschaftlichen Verhältnisse weltweit so zu ordnen, dass sie sich nach der Norm der Gerechtigkeit entwickeln» (GS 86).

Das alles wurde schon vor mehr als dreissig Jahren gesagt. Hätten die Menschen, die sich Christinnen und Christen nennen, das Gebot der Gerechtigkeit im Weltmassstab ernst genommen, wäre es nie zu diesem weltweiten sozialen Elend gekommen, das die heutige Form der Globalisierung bewirkt, es wäre vielmehr eine Globalisierung der *Gerechtigkeit,* des *Friedens* und der *Bewahrung der Schöpfung* möglich geworden. Noch ist es nicht zu spät, noch appelliert die Kirche ein weiteres Mal an alle Christinnen und Christen, an alle Menschen guten Willens: Befreit Euch von den Fesseln des individuellen wie des kollektiven Egoismus und ergreift mutig Initiativen, die der Globalisierung der entfesselten Kapitalmacht eine solche des Gemeinwohls folgen lassen.

5. Aufruf zur Überwindung des Kapitalismus

In meiner Enzyklika «Über die soziale Sorge der Kirche» habe ich kurz vor dem Ende des Kalten Krieges den «liberalistischen Kapitalismus» nicht weniger verurteilt als den «marxistischen Kollektivismus» (SR 20) und den beiden damaligen «Blöcken» die «Tendenz zum Imperialismus» (SR 2) vorgeworfen. Jetzt, da der eine Block sich aufgelöst hat, muss die Kirche mit dem ganzen Gewicht ihrer Autorität zur Überwindung des noch verbliebenen «Blocks» beitragen, zumal dieser nun erst recht Gefahr läuft, die ganze Welt zu beherrschen, nicht mehr als «Block», sondern als universales System, das keine Alternative mehr zulassen will. Das Ende der Blöcke wäre sonst das höchste und letzte Stadium des einen, allein verbliebenen *Imperialismus*.

Der «liberalistische Kapitalismus» hat sich seit dem Ende der Blockkonfrontation keineswegs gemässigt, sondern im Gegen-

teil jede soziale Hemmung verloren, die er im Wettbewerb der Systeme noch aufzuweisen schien. Ich muss zur Überwindung dieses Kapitalismus umso nachdrücklicher aufrufen, als er jene *«Strukturen der Sünde»* fortsetzt und propagiert, die ich in der erwähnten Enzyklika angeklagt habe. Dabei handelt es sich um Strukturen, die «in persönlicher Sünde ihre Wurzeln haben» (SR 36), aber auch auf persönliche Sünde zurückwirken, sie immer neu anstacheln und sich dadurch als «sündige Strukturen» erst recht verfestigen. So ist insbesondere «Gier nach Profit» (SR 37) nicht nur ein persönliches Fehlverhalten, sondern auch Ursache und Folge von Strukturen, die das kapitalistische System geschaffen hat. Auf diese «Strukturen der Sünde» hinzuweisen, ist umso wichtiger, als die Kapitalherrschaft sich weitgehend von einer persönlichen Herrschaft gelöst und anonymisiert hat, weshalb sie sich als «Sachzwang» ohne Alternative darstellt.

Mit «Quadragesimo anno» muss ich vor jener «unstillbaren *Gier* nach Reichtum an irdischen Güter» warnen, die es zwar schon immer gegeben hat, die «in der heutigen Wirtschaftsweise aber der menschlichen Schwachheit ganz besonders zahlreiche Gelegenheiten zum Falle bietet» (QA 132). Die Deregulierung der Märkte «fordert vom wirtschaftlichen Menschen dauernd die höchste Anspannung seiner Kräfte. Dadurch sind viele Gewissen so abgestumpft, dass ihnen zum Geldverdienen jedes Mittel gut genug ist... Die Leichtigkeit für jedermann, im *ungeregelten Markt* Gewinne zu machen, lockt viele zum Handel und Güterumsatz, die nur ein Ziel haben, möglichst mühelos und bequem zu gewinnen, und zu diesem Ende ohne sachliche Berechtigung, nur aus Beutegier, die Preise durch wilde Spekulation ruhelos nach oben und wieder nach unten zu treiben, wodurch alle Berechnungen ernsthafter Wirtschafter durchkreuzt werden.»

Der Liberalismus ist die «dem Kapitalismus eigentümliche Ideologie» (LE 11), die immer wieder versucht, sich möglichst ungehemmt durchzusetzen. Hinter dem sog. Neoliberalismus, der den Markt absolut setzt und keine soziale Gerechtigkeit anerkennt, steckt nicht nur «krasser Materialismus» (SR 28), dahinter verbergen sich «wahrhafte Formen von Götzendienst» (SR 37).

Das Wohl der Menschen ist von ihrem *Heil* nicht zu trennen. «Für die Christen wie für alle, die die genaue theologische Bedeutung des Wortes ‹Sünde› anerkennen, heisst die Änderung des Verhaltens oder der Mentalität oder der Lebensweise in biblischer Sprache ‹Umkehr›». Sind «Strukturen der Sünde» einmal als solche erkannt, so sind sie genauso Anlass zur *Umkehr* wie persönliche Sünden. Diese «‹Strukturen der Sünde› überwindet man nur – neben der notwendigen Hilfe der göttlichen Gnade – mit *einer völlig entgegengesetzten Haltung:* mit dem Einsatz für das Wohl des Nächsten, zusammen mit der Bereitschaft, sich im Sinne des Evangeliums für den anderen zu ‹verlieren›, anstatt ihn auszubeuten, und um zu ‹dienen›, anstatt ihn um des eigenen Vorteils willen zu unterdrücken». Kurz, es geht um eine Umkehr zur «Solidarität» (SR 38). Es geht um das Bekenntnis zum einen Gott, der keine Götzen neben sich duldet. Es geht um einen Bekenntnisprozess, aus dem eine neue, gerechte Gesellschaft hervorgehen wird.

Vielleicht so oder so ähnlich: Gegeben zu Rom, bei St. Peter, z.B. am 1. Januar 2000, zur Eröffnung des Anno Santo, im 23. Jahr seines Pontifikates, unterzeichnet von Johannes Paul II.

Abkürzungen:

UG Arthur Fridolin Utz/Joseph-Fulko Groner (Hg.), Soziale Summe Pius' XII., Bände I–III, Freiburg i.Ue. 1954– 1961.

QA Quadragesimo anno (Pius XI. 1931). Diese wie auch die folgenden Enzykliken werden zitiert nach: Texte zur katholischen Soziallehre, hg. von der KAB Deutschland, Ketteler-Verlag, Köln 1989.

MM Mater et magistra (Johannes XXIII. 1961)

PT Pacem in terris (Johannes XXIII. 1963)

GS Pastoralkonstitution Gaudium et spes (II. Vatikanum 1965)

PP Populorum progressio (Paul VI. 1967)

OA Apostolisches Schreiben Octogesima adveniens (Paul VI. 1971)

LE Laborem exercens (Johannes Paul II. 1981)

SR Sollicitudo rei socialis (Johannes Paul II. 1987).